

Votum Neuregelung Parkplatzerstellungspflicht (Postulat Imboden)

Herr Ratspräsident

Frau Baudirektorin

Werte Kolleginnen und Kollegen

Die SP/JUSO/PSA Fraktion unterstützt das Postulat von Natalie Imboden. Die Zahlen sprechen deutlich dafür: Fast jeder fünfte Haushalt in der Schweiz ist „autofrei“. Rund eine Million Menschen haben also kein eigenes Auto. In der Stadt Bern, immerhin Hauptstadt unseres Kantons, lebt gar die Hälfte der Haushalte ohne eigenes Auto.

Es ist deshalb auch für die SP/JUSO/PSA-Fraktion – aus ökologischen, aber auch aus ökonomischen Gründen – nicht nachvollziehbar, dass im Kanton Bern für jede neue Wohnung mindestens ein Abstellplatz für einen Personenwagen erstellt werden muss. Und dass, wer dieser Vorgabe nicht nachkommt, eine Parkplatzersatzabgabe zu leisten hat.

Diese Regelung muss unseres Erachtens der heutigen Situation angepasst werden. Denn es entstehen zunehmend autoarme oder autofreie Siedlungen. Und gerade in Zentren sinkt die Zahl der Autos pro Haushalt immer weiter. Dies ist im Interesse der Umwelt und sollte nicht mit kontraproduktiven Regelungen erschwert werden.

Diese Regelung ist zudem nicht wirtschaftlich: Boden in städtischen Gebieten ist teuer. Und es macht keinen Sinn, dass verteuerte Parkplätze erstellt werden, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner keine Autos besitzen. So wird der Wohnraum noch teurer.

Anders gesagt: Müssten nicht überall zwingend Parkplätze erstellt werden, könnte man den Wohnraum vergünstigen. Oder statt dem verteuerten Mietpreis beispielsweise allen Bewohnerinnen und Bewohnern gratis ein öV-Abo anbieten ...

Zum Schluss, dass diese Parkplatzerstellungspflicht auch ökonomisch keinen Sinn macht, kommt im Übrigen immer öfter auch die Immobilienbranche. Weil der Trend zu autofreien Haushalten in den Städten anhält, stehen viele Parkplätze in Neubauten leer. Auch wenn nur das gesetzlich vorgeschriebene Parkplätze-Minimum erstellt wird.

Wie man letztes Jahr in einem NZZ-Artikel lesen konnte, werden deshalb – gemäss einem Vertreter der Stadt Zürich – immer mehr Baugesuche eingegeben, die ein reduziertes Parkplatzangebot wünschen. Das darf jedoch noch nicht bewilligt werden.

Wie das Problem der Kontrolle angegangen werden könnte, ob Bewohnerinnen und Bewohner tatsächlich kein Auto besitzen, macht beispielsweise die erste autofreie Siedlung der Schweiz vor – Burgunder in Bümpliz Süd. Dort müssen alle Mieterinnen und Mieter in einer Erklärung den Autoverzicht unterschreiben. So kann ausgeschlossen werden, dass wild parkiert wird oder öffentliche Parkplätze belegt werden.

Aus den genannten Gründen unterstützen wir die Prüfung der zwei Punkte des Postulats und hoffen sehr, dass die Regierung einen passenden Weg findet, um diesen alten Zopf abzuschneiden bzw. der heutigen Zeit anzupassen.

Merci!

Nadine Masshardt, 25. Januar 2012